

MA 48 –E-Recht 03530-2012/0001-GGU

**Wiener Abfallwirtschaftsplan und Wiener Abfallvermeidungsprogramm
(Planungsperiode 2013-2018)**

Beschluss der Wiener Landesregierung vom 06.11.2012

Auflage zur öffentlichen allgemeinen Einsicht



**Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 48
Abfallwirtschaft, Straßenreinigung
und Fuhrpark**
Einsiedlergasse 2
A - 1050 Wien
Tel.: (+43 1) 588 17 - 0
Fax: (+43 1) 588 17 - 99 - 480037
E-Mail: post@ma48.wien.gv.at
www.abfall.wien.at
www.facebook.com/die48er
www.iswa2013.org

Wien, 06.10.2012

Strategische Umweltprüfung (SUP)
Zum Wiener Abfallvermeidungsprogramm und
Wiener Abfallwirtschaftsplan
(Planungsperiode 2013-2018)
Zusammenfassende Erklärung
(gemäß §2f Abs. 2, LGBl 1994/13)

In der zusammenfassenden Erklärung wird die Entscheidung über den Wiener Abfallwirtschaftsplan und das Wiener Abfallvermeidungsprogramm - Planungsperiode 2013-2018 (Wr. AWP & AVP 2013-2018) begründet.

Gemäß Wr. AWG, §2f Abs. 2 ist in der zusammenfassenden Erklärung folgendes darzulegen:

1. wie Umwelterwägungen in den Abfallwirtschaftsplan einbezogen wurden,
2. wie der Umweltbericht, die abgegebenen Stellungnahmen und gegebenenfalls die Ergebnisse der grenzüberschreitenden Konsultationen berücksichtigt wurden und
3. aus welchen Gründen nach Abwägung welcher geprüften Alternativen der Abfallwirtschaftsplan beschlossen wurde.

Gemäß Wr. AWG, § 2j Abs. 3 gilt dies sinngemäß auch für das Wiener Abfallvermeidungsprogramm.

Die zusammenfassende Erklärung ist gemeinsam mit dem von der Wiener Landesregierung beschlossenen Wr. AWP & AVP 2013-2018 und der Darstellung der Maßnahmen, die zur Überwachung (Monitoring) beschlossen wurden, sechs Wochen öffentlich zur allgemeinen Einsicht aufzulegen.

1. Einbeziehung von Umwelterwägungen in den Wr. AWP & AVP 2013-2018

Umwelterwägungen wurden in verschiedenster Form bei der Erstellung des Wr. AWP & AVP 2013-2018 berücksichtigt.

1. Bei der Definition der Ziele des Wr. AWP & AVP 2013-2018
2. Bei der Untersuchung der einzelnen Alternativen und Maßnahmen
3. Bei der Prozessgestaltung

1.1 Bei der Definition der Ziele des Wr. AWP & AVP 2013-2018

Neben abfallwirtschaftlichen Zielen – auch diese dienen im weiteren Sinn dem Schutz der Umwelt (z.B. Ressourcenschonung, Optimierung der energetischen Verwertung, etc.) – wurden spezifische Umweltziele definiert. Diese spezifischen Umweltziele dienen unter anderem zum Schutz der biologischen Vielfalt und natürlicher Lebensräume, des Bodens, des Wassers, der Luft, des Klimas und des Menschen. (siehe Wr. AWP & AVP 2013-2018, Kapitel 4, Seite 23)

Die Entwicklung der Maßnahmen des Wr. AWP & AVP 2013-2018 orientierte sich an diesen Zielen.

1.2 Bei der Untersuchung der einzelnen Alternativen und Maßnahmen

Zu drei Themen des Wr. AWP & AVP 2013-2018 wurden Alternativen entwickelt. Durch die Untersuchung der Alternativen hinsichtlich umweltbezogener, sozialer und abfallwirtschaftlicher Auswirkungen wurde ermittelt, durch welche der Alternativen die Ziele des Wr. AWP & AVP 2013-2018 am besten erreicht werden können. Die Bewertungskriterien wurden aus den Zielen des Wr. AWP & AVP 2013-2018 abgeleitet. Damit konnte ermittelt werden, welche Alternativen die Ziele am besten erreichen und die positivsten Umweltauswirkungen haben.

1.3 Bei der Prozessgestaltung

Der Planungsprozess und die SUP wurden gemeinsam und vollständig integriert durchgeführt. Die einzelnen Planungsschritte – von der Zieldefinition bis hin zur Auswahl der besten Maßnahmen – erfolgten im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung. So konnten Umwelterwägungen von Anfang an kontinuierlich berücksichtigt werden.

Ebenso wurden sämtliche Planungsschritte durch das SUP-Team am „Runden Tisch“ erarbeitet und diskutiert. Zur Vertretung von Umweltaspekten waren folgende öffentliche Umweltstellen und – unabhängige Umweltorganisationen im SUP-Team vertreten:

- Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 22 – Umweltschutz
- Magistrat der Stadt Wien, MD-KLI – Magistratsdirektion Klimaschutzkoordination
- Wiener Umweltschutzorganisation (SUP-Umweltstelle gem. SUP-Richtlinie Art. 6 (3) sowie § 2a und 2c Wr. Abfallwirtschaftsgesetz, LGBl für Wien Nr. 13/1994 in der geltenden Fassung)
- Umweltdachverband – überparteiliche Plattform zur Umwelt-Interessenvertretung
- Ökobüro – Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen
- die umweltberatung Wien

Durch diese Ausgestaltung des SUP-Prozesses war es sowohl den Dienststellen der Stadt Wien als auch unabhängigen Umweltorganisationen möglich, kontinuierlich Umweltaspekte einzubringen.

Das SUP-Team erarbeitete im Konsens (unter Einbeziehung von Umweltaspekten) den Entwurf zum Wr. AWP & AVP 2013-2018 und des Umweltberichtes. Diese Planungsempfehlung wurde vom SUP-Team an die Wiener Landesregierung weitergeleitet, die den Wr. AWP & AVP 2013-2018 sowie den Umweltbericht auf politischer Ebene beschloss. Damit wurden Umweltaspekte und Umwelterwägungen auch beim Beschluss des Wr. AWP & AVP 2013-2018 berücksichtigt.

2. Berücksichtigung des Umweltberichtes, der abgegebenen Stellungnahmen und gegebenenfalls der Ergebnisse der grenzüberschreitenden Konsultationen

2.1 Berücksichtigung des Umweltberichts

Im Umweltbericht sind die einzelnen Schritte des SUP-Prozesses sowie deren Ergebnisse nachvollziehbar dargestellt. Es ist dadurch dokumentiert, wie auf Basis der definierten Ziele des Wr. AWP & AVP 2013-2018 Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele entwickelt, untersucht und bewertet wurden.

Der Umweltbericht beschreibt den entwickelten und empfohlenen Planungsvorschlag.

Die Wr. Landesregierung beschloss den Wr. AWP & AVP 2013-2018 sowie den Umweltbericht wie vom SUP-Team empfohlen. Damit wurde der Umweltbericht beim Beschluss vollinhaltlich berücksichtigt.

2.2 Berücksichtigung der abgegebenen Stellungnahmen

2.2.1 Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit (Feedback-Gruppe)

Zu ersten Zwischenergebnissen des Prozesses wurden Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit eingeholt. Dazu wurde am 21.02.2012 ein Feedback-Workshop durchgeführt. Zu diesem Workshop wurden weitere betroffene Verwaltungsdienststellen der Stadt Wien, die Kammern, abfallwirtschaftliche Interessensverbände, die Sammel- und Verwertungssysteme, externe ExpertInnen, Umweltgruppen und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eingeladen.

29 Gäste nahmen teil und brachten Stellungnahmen ein. Direkt im Anschluss an den Workshop beriet das SUP-Team, wie die Stellungnahmen in die Planungsentwürfe aufgenommen werden sollten. Die TeilnehmerInnen des Workshops wurden über die Art der Berücksichtigung der Stellungnahmen informiert. Wenn Stellungnahmen nicht in die Planungsentwürfe einfließen konnten, wurde dies begründet. Die Stellungnahmen und die Art ihrer Berücksichtigung wurden im Umweltbericht dokumentiert (siehe Umweltbericht, Kapitel 12.1)

2.2.2 Stellungnahmen der breiten Öffentlichkeit

Die Entwürfe zum „Wiener Abfallwirtschaftsplan und Wiener Abfallvermeidungsprogramm 2013-2018“, zum „Ist-Zustand der Wiener Abfallwirtschaft“, zum „Umweltbericht“ und zum „Zweckmäßigkeitsscheck und Monitoring-Indikatoren für Abfallvermeidungsmaßnahmen“ wurden sieben Wochen lang von 21.06.2012 bis 07.08.2012 bei der MA 22, der MA 48 und der Wiener Umweltschutzbehörde zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufgelegt.

Die Entwürfe konnten auch im Internet auf der Homepage der MA 48 unter www.wien.gv.at/umwelt/ma48/beratung/umweltschutz/sup2012-oeffentliche-einsicht.html im pdf-Format heruntergeladen werden. Diese große Stellungnahmerunde für die breite Öffentlichkeit wurde in den Tageszeitungen Kurier, der Standard und Wiener Zeitung sowie im Internet angekündigt. Die TeilnehmerInnen des Feedback-Workshops, der Rat der Sachverständigen für

Umweltfragen und die VertreterInnen der AnrainerInnen der Deponie Rautenweg wurden per E-Mail beziehungsweise Brief auf die öffentliche Auflage hingewiesen.

Alle interessierten Personen wurden zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme eingeladen.

In Summe wurden 4 Stellungnahmen eingebracht.

In einem abschließenden SUP-Workshop beriet das SUP-Team wie die Stellungnahmen in die Planungsentwürfe aufgenommen werden sollten. Die Stellungnahmen der breiten Öffentlichkeit und die Art ihrer Berücksichtigung wurden im Umweltbericht dokumentiert (siehe Umweltbericht, Kapitel 12.2)

Im Anschluss wurden entsprechend den Ergebnissen des abschließenden SUP-Workshops die endgültigen Entwürfe zum Wr. AWP & AVP 2013-2018, Umweltbericht, IST-Zustand-Bericht, Zweckmäßigkeitscheck und Monitoring-Indikatoren für Abfallvermeidungsmaßnahmen erstellt. Diese endgültigen Entwurfsfassungen stellten die gemeinsame Empfehlung des SUP-Teams an die Wr. Landesregierung dar und wurden in dieser Form an die Wr. Landesregierung übermittelt.

Die Wr. Landesregierung beschloss den Wr. AWP & AVP 2013-2018 und den Umweltbericht wie fachlich empfohlen. Es wurden damit alle eingegangenen Stellungnahmen bei der Erarbeitung des Wr. AWP & AVP berücksichtigt.

2.3 Berücksichtigung der Ergebnisse der grenzüberschreitenden Konsultationen

Zum Wr. AWP & AVP 2013-2018 wurden keine grenzüberschreitenden Konsultationen geführt, da keine erheblichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen zu erwarten waren.

3. Gründe zur Auswahl der Alternativen und weiteren Maßnahmen

Im Folgenden ist dargestellt, bei welchen Themen des Wr. AWP & AVP 2013-2018 welche Alternativen geprüft wurden und welche Alternative – als beste bewertet (**fett dargestellt**) – in den Wr. AWP & AVP 2013-2018 aufgenommen wurde.

Alternativen zur Problemstoffsammlung

Geprüfte Alternativen:

1. Trend-Alternative (Fortschreibung des IST-Zustandes)
- 2. Ersatz der PROSA-Container durch eine Intensivierung der mobilen PROSA**
3. Verringerung des PROSA-Sammelnetzwerkes

Gründe für die Best-Bewertung der Alternative 2 und deren Aufnahme in den Wr. AWP & AVP 2013-2018:

Die Alternative „Ersatz der PROSA-Container durch eine Intensivierung der mobilen PROSA“ schnitt beim Alternativenvergleich am besten ab. Die besonderen Stärken dieser Alternative sind, dass:

- mehr wiederverwendbare, marktfähige Elektroaltgeräte (EAG) entgegengenommen werden können
- das Stadtbild nicht mehr durch PROSA-Container gestört ist
- die Bevölkerung besser informiert werden kann, die Standorte durch die beiden mobilen PROSA-Busse flexibler gewählt werden können und eine Problemstoffsammlung an mehr Standorten durchgeführt werden kann
- mehr Kontakt zu KundInnen durch geschultes Personal möglich ist
- geringere Kosten im Vergleich zur Trend-Alternative anfallen.

Alternativen zur Bioabfallwirtschaft

Geprüfte Alternativen:

1. Trend Alternative
- 2. Standortkonzentrierung im Kompostwerk Lobau**

Gründe für die Best-Bewertung der Alternative 2 und deren Aufnahme in den Wr. AWP & AVP 2013-2018:

Die Alternative „Standortkonzentrierung im Kompostwerk Lobau“ schnitt beim Alternativenvergleich am besten ab. Die besonderen Stärken dieser Alternative sind, dass:

- der jährliche Transportbedarf um ca. 33.500 km reduziert wird und dadurch
 - o 5% geringere Immissionen von Schwermetallen in den Boden
 - o 5% geringere Emissionen an NOx und Feinstaub und
 - o 5% geringere Emissionen an CO₂ entstehen.
- geringere Behandlungskosten anfallen.

Alternativen zu Deponien

Geprüfte Alternativen

1. Trend-Alternative

2. Erhöhung des Deponievolumens der Deponie Rautenweg

3. Zusammenarbeit mit anderen DeponiebetreiberInnen im Wiener Umland

Gründe für die Best-Bewertung der Alternative 2 und deren Aufnahme in den Wr. AWP & AVP 2013-2018:

Die Alternative „Erhöhung des Deponievolumens der Deponie Rautenweg“ schnitt beim Alternativenvergleich am besten ab. Die besonderen Stärken dieser Alternative sind, dass:

- sowohl Entsorgungssicherheit als auch Entsorgungsautarkie über das Jahr 2030 hinaus gegeben ist
- ein finanzieller Vorteil (geringere Behandlungskosten und Finanzmittel fließen nicht aus Wien ab) gegeben ist.

Die Wiener Landesregierung wählte beim Beschluss des Wr. AWP & AVP 2013-2018 jene Alternativen für den Wr. AWP & AVP 2013-2018 aus, die aus den Untersuchungen als die beste Lösung hervorgingen. Der Empfehlung des SUP-Teams wurde nachgekommen.

Weitere beschlossene Maßnahmen, die nicht in den Alternativen enthalten sind

Zu anderen Themenbereichen wurden keine Alternativen ausgearbeitet, sondern Maßnahmenlisten erstellt.

Themen zu denen Maßnahmenlisten ausgearbeitet wurden:

- Abfallvermeidung
- Abfallsammlung
 - o Restmüllsammlung
 - o Getrennte Altstoffsammlung
 - o Mistplätze
 - o Problemstoffsammlung
- Verwertung der Alt- und Problemstoffe
- Bioabfallwirtschaft
- Bauabfälle
- Verbrennungsrückstände
- Deponien
- Öffentlichkeitsarbeit
- Knowhow-Transfer und Erfahrungsaustausch

Die Wiener Landesregierung wählte beim Beschluss des Wr. AWP & AVP zu Themen, zu denen Maßnahmenlisten erstellt wurden, alle Maßnahmen aus, die vom SUP-Team empfohlen wurden.